

USA

04.11.2010

Die Wähler haben Obama erklärt: No, we can't

US-Präsident Barack Obama ist entzaubert, seine Partei entmachtet. Bei der nächsten Wahl 2012 droht der Verlust des Weißen Hauses.

von Josef Joffe



Josef Joffe ist Herausgeber der Zeit. Quelle: dpa

Wenn die Präsidentenpartei 20 Sitze im Kongress verliert, ist das historischer Durchschnitt. Wenn sie aber wie Obamas Demokraten am Dienstag mindestens 61 Mandate abgeben muss, rangiert das Ergebnis zwischen Erdbeben und Katastrophe.

Seit 1948 hat das Volk die Herrschenden noch nie so barbarisch bestraft. Vergleichbar ist nur das Desaster des Bill Clinton. Die Demokraten verloren 1994, zwei Jahre nach dessen Kür, 54 Sitze – und die Mehrheit in Senat und Repräsentantenhaus. Doch die Götter erbarmten sich. Zwei Jahre später wurde Clinton mit knapp neun Punkten Vorsprung wiedergewählt. Doch kann Obama aus diesem Happy End wenig Trost

schöpfen.

Als Clinton 1996 den Lazarus gab, boomte die Wirtschaft, herrschte wieder Vollbeschäftigung. Noch besser: Unter Clinton begann der längste Aufschwung aller Zeiten, der mit einem kurzen Knick bis 2008 anhielt. Unter Obama aber erscheint die Arbeitslosigkeit von knapp zehn Prozent wie festgeschweißt; das Wachstum wackelt um die zwei Prozent.

Die Statistik ist aber nur die halbe Story. Die andere Hälfte sind die Personen, die konträrer nicht sein könnten. Clinton nannten sie zärtlich „Bubba“. Er war einer von den Jungs: zum Anfassen und – wie die Affäre mit Monica Lewinsky zeigt – zum Verlieben. Er war ein Menschenfischer, der die Opposition im Kongress mit Charme, Schläue und Kompromissen einfangen konnte.

Obama menschelt nicht; er doziert. Er verstrahlt kühle Intellektualität, wo Clinton dem Volk aufs Maul schaute. „I can feel your pain“, lautete ein legendärer Clintonismus, als der Aufschwung noch zögerte. Dagegen dieser berühmte Spruch von Obama: In üblen Zeiten sei es „kein Wunder, wenn die Leute verbittert sind und sich an Waffe und Glauben klammern oder fremdenfeindlich werden“. Wenn es ihnen schlechtgeht, wollen die Leute Trost und Verständnis, keine Psychodiagnose vom Oberarzt der Nation. Noch weniger wollten die Wähler kurz vor dem Wahltag hören, dass sie „nicht klar denken können, wenn sie Angst haben“, also immun gegen Fakten und Argumente seien. Der Politiker als Besserwisser, das funktioniert nicht.

Obama ging mit zwei Mühlsteinen in die Zwischenwahl 2010, die ihm auch 2012 das Weiße Haus kosten können. Auf dem einen steht „Obama“ als Chiffre für einen Menschen, der 2008 die schiere Verheißung verkörperte, ja religiöse Verzückung auslöste, dann aber wie jeder Magier, dem ein Kunststück nach dem anderen misslingt, das Publikum verliert. Die Sprache, die einst bezauberte, wirkt jetzt hölzern, von oben herab, belehrend.

Bei Amtseintritt bewerteten fast zwei Drittel des Wahlvolks den Präsidenten positiv; seitdem ist die Zustimmung in gerader Linie auf 45 Prozent gefallen. Diese Statistik führt zum zweiten Mühlstein: zur

Wirtschaft. Hier lasten auf Obama das größte Defizit in Friedenszeiten, eine der höchsten Arbeitslosenquoten seit Kriegsende, Steuererhöhungen, eine Gesundheitsreform, die 4 000 Seiten umfasst und die welthöchsten Kosten (17 Prozent vom BIP) noch höher treiben wird.

Hinzu kommt eine Glaubensfrage. Der deutsche Mensch vertraut dem Staat und zahlt; der amerikanische misstraut ihm und revoltiert, wenn er Sozialdemokratismus riecht. Obama hatte seine Sieben-Punkte-Mehrheit von 2008 als Mandat für den mächtigen, fürsorglichen Staat missverstanden. Diese Illusion hat ihm der Wähler am Dienstag genommen. Nach ihren Gründen gefragt, antworteten sie: vorweg wegen des Defizits, gefolgt von der Wirtschaft und der Gesundheits- und Steuerpolitik. Außen- und Sicherheitspolitik spielten so gut wie keine Rolle. An der Spitze der Top-Ten-Sorgen lag „Wirtschaft“, erst an siebenter Stelle kam „Krieg, Angst vor Krieg“.

Obama muss nun gegen die Republikaner im Unterhaus regieren – und mit einer dünnen Mehrheit im Senat. „Divided government“ ist in Washington keine Tragödie; dass im Weißen Haus die eine und im Parlament die andere Partei regiert, ist eher Normalzustand. Nur erfordert die geteilte Macht einen Präsidenten, der das Wählerurteil respektiert, in diesem Fall also den linken Flügel seiner Partei schlagen lässt, aber seine Bündnisse in der Mitte und weiter rechts schmiedet.

Clinton, die US-Version von Blair und Schröder, beherrschte das Spiel perfekt. Beispiel: Statt der damals schon verhassten staatlichen Gesundheitsversicherung organisierte er nach dem Debakel von 1994 die Sozialhilfereform – Hartz IV hoch zwei. Heute rangiert der Mann schon zu Lebzeiten unter den „Great Presidents“ – trotz Monica.

Kann Obama sich häuten? Kann der entzauberte Heilsbringer menschlicher und mittiger werden? Amerika ist bekanntlich das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Bis Dienstag aber hat der Präsident mit „change“ nicht sich selbst gemeint.

© 2010 Handelsblatt GmbH

Verlags-Services für Werbung: www.iqm.de (Mediadaten) | Verlags-Services für Content: [Content Sales Center](#) | [Sitemap](#) | [Archiv](#) | [Schlagzeilen](#)

Powered by [Interactive Data Managed Solutions](#)

Keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben. Bitte beachten Sie auch folgende [Nutzungshinweise](#), die [Datenschutzerklärung](#) und das [Impressum](#).